



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko, Kristan Freiherr von Waldenfels** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/1819

Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln

Der Landtag begrüßt die bisherigen Maßnahmen und Erfolge der Staatsregierung zur Fachkräftegewinnung, die Weiterentwicklung der Finanzierung sowie die Förderprogramme zum Platzausbau im Kita-Bereich.

Um den weiteren großen Herausforderungen proaktiv zu begegnen, wird die Staatsregierung aufgefordert, die bereits im Koalitionsvertrag erkannten und beschriebenen Ziele, wie den weiteren Ausbau sowie die Weiterentwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) jetzt nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten anzugehen und dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zu berichten, inwieweit diese bereits erreicht bzw. fortgeschritten sind, um gemeinsam mit der kommunalen Familie eine auskömmliche Finanzausstattung der Einrichtungsträger, sozialverträgliche Elternbeiträge und eine bayernweit hohe Qualität sowie vergleichbare Bildungschancen für alle Kinder zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einen aktuellen Zwischenbericht – auch hinsichtlich der Umsetzung der in den extra hierfür eingerichteten Facharbeitsgruppen „Kita 2050“ und „Fachkräfte“ erzielten Ergebnisse sowie zu den Maßnahmen der schulischen Ausbildungen – vorzulegen, der neben den bisher erreichten Meilensteinen auch weitere Bedarfe und Handlungsfelder aufzeigen soll.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident